

Sicherung des erarbeiteten Wohlstandes

Dr. Theodor Waigel, geb. 1939 in Oberrohr/Schwaben, ist Vorsitzender der CSU und Bundesminister der Finanzen.

Wir wissen heute alle, daß die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard, Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß gegen mancherlei Widerstände zum Segen unseres Landes in die politische Wirklichkeit übertragen wurde. Immer noch wissen aber zu wenige, daß die geistigen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft weit zurückreichen. Aus dem Neoliberalismus, wie er vor allem durch Friedrich August von Hayek geprägt wurde, entwickelte sich eine spezielle Sichtweise der wirtschaftlichen Ordnung, der Ordoliberalismus der Freiburger Schule. Ihre Hauptvertreter, Walter Eucken und Franz Böhm, formulierten bereits in den dreißiger Jahren die ersten Ansätze einer Wirtschaftsordnung, die gleichsam einen dritten Weg zwischen Marktwirtschaft und zentraler Lenkung darstellen. Anders als im System der reinen Marktwirtschaft findet der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit explizit Berücksichtigung.

Der Ordoliberalismus steht auf dem festen Fundament christlicher Wertvorstellungen. Getreu dem bekannten Ausspruch Wilhelm Röpkes, ist das Maß der Wirtschaft der Mensch. Das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott. Mit der christlichen Verwurzelung des ordoliberalen Wirtschaftskonzepts wird eine ebenfalls lange Tradition fortgesetzt. Erinnerung sei daran, daß der Altvater der klassischen Wirtschaftstheorie, Adam Smith, einen Lehrstuhl für Moralphilosophie innehatte, bevor er sich wirtschaftlichen Betrachtungen und Analysen zuwandte.

Die ethische Orientierung marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen setzt sich in der Sozialen Marktwirtschaft, deren Begriff von Alfred Müller-Armack geprägt wurde, kontinuierlich fort. Dieser besondere Wirtschaftsstil, wie es Ludwig Erhard nannte, zeichnet sich durch eine konsequent marktwirtschaftliche Ordnung aus. Im Kern geht es um die Sicherung der freien Preisbildung als wesentliches Steuerungsinstrument. Der Staat nimmt dabei eine starke Stellung ein. Ihm obliegt die Aufgabe, durch eine langfristig ausgelegte, umsichtige Wirtschaftspolitik den Wettbewerb - im Sinne eines machverteilenden Prinzips - zu sichern.

Die soziale und ethische Dimension unserer Wirtschaftsordnung

Marktwirtschaftliche Ordnung ist ohne Freiheit nicht denkbar. Die unabhängige Entscheidung von Produzenten und Konsumenten steuert letztlich alle wirtschaftlichen Abläufe. Durch Konkurrenz werden die Kräfte frei, die Wohlstand durch Wachstum schaffen. Die Schaffung der Rahmenbedingungen, die es breiten Bevölkerungsschichten ermöglichen, am wachsenden

Wohlstand zu partizipieren, ist gleichzeitig vorausschauende Wirtschafts- und originäre Sozialpolitik.

Wachsender Wohlstand bietet die Chance zum gesellschaftlichen Konsens und mildert den Verteilungskampf. Darin kommt das aussöhnende Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft zum Ausdruck, dessen Wirksamkeit gerade im Nachkriegsdeutschland unter den Bedingungen allgemeiner Zerstörung und Armut von besonderer Wichtigkeit war. Für diejenigen, die aufgrund mangelnder Leistungsfähigkeit nicht am Marktgeschehen teilnehmen können, und zur Absicherung allgemeiner Lebensrisiken, wie z. B. Arbeitslosigkeit und Invalidität, wurde neben dem Marktbereich eine zweite Stufe, der soziale Ausgleich durch Umverteilung, eingerichtet.

Bis heute besteht die besondere Herausforderung darin, im gesellschaftlichen Konsens die Umverteilung durch marktkonforme Instrumente zu bewerkstelligen. Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf bergen stets die Gefahr, den gesamtwirtschaftlichen Leistungserstellungsprozeß zu beeinträchtigen und damit die Grundlage der wirtschaftlichen Ordnung zu destabilisieren. Suboptimale Funktionsfähigkeit schadet immer auch denjenigen, die im Marktprozeß ihre materielle Existenz sichern und ihren Wohlstand steigern wollen. Davon sind grundsätzlich alle betroffen, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer.

Die Verminderung der allgemeinen Leistungsfähigkeit schadet aber auch den sozial Bedürftigen, denn unzureichende Wertschöpfung gefährdet die Finanzierung des Sozialen Netzes. Darum ist es so wichtig, allen Forderungen nach Interventionen, dirigistischen Beschränkungen und ausufernden Leistungsgesetzen mit Skepsis zu begegnen und kritisch die gesamtwirtschaftlichen Folgen abzuwägen. Für uns bleibt die Daueraufgabe, die Funktionsfähigkeit von Wirtschaft und sozialer Sicherung langfristig zu erhalten und an veränderte Bedingungen flexibel anzupassen.

Die wirtschaftspolitische Verantwortung des Staates

Lenin sagte einmal: „Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muß man ihr Geldwesen verwüsten“. In dieser ideologischen Aussage liegt ein wahrer Kern. Während in Zentralverwaltungswirtschaften dem Geld nur eine geringe Bedeutung zukommt, übt es in marktwirtschaftlichen Ordnungen wesentliche Funktionen aus. Es ist zugleich Recheneinheit, Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel. Wer die Stabilität einer Währung zerstört, vernichtet die erarbeiteten Werte. Walter Eucken hat daher zu Recht der Stabilität des Geldwertes einen hohen Rang zugewiesen. Er sprach stets vom Primat der Währungspolitik. Neben der Wettbewerbspolitik gilt sie als die zweite Säule staatlicher Wirtschaftspolitik. Daher haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft eine Währungsverfassung geschaffen, die der Bundesbank Unabhängigkeit gewährt und ihr vornehmlich die Aufgabe der Sicherung der Währung zuweist.

Seitdem haben wir beste Erfahrungen mit dieser Währungsordnung gemacht. Inzwischen sind die Märkte, auf denen in D-Mark bezahlt wird, nach innen und außen gewachsen. Annähernd 60 Prozent unseres Exports geht nach Europa. Daher ist es nur logisch, die europäische Integration auch auf dem Feld der Währungspolitik voranzutreiben. Als Vorbild dient die deutsche Geldverfassung. Die Europäische Zentralbank wird wie die Bundesbank unabhängig und dem Ziel der Währungsstabilität verpflichtet sein. Staatliche Defizitfinanzierung via Notenpresse wird es dann nicht mehr geben. Dieser weitreichende Schutz des Bürgers vor Inflation hat auch eine ethische Dimension. Inflation zerstört nicht nur den Wohlstand, sondern fügt auch der sozialen Gerechtigkeit schweren Schaden zu. Es sind meist die Lohnempfänger, deren hart erspartes Geldvermögen zerstört und deren Arbeit und Einkommen entwertet werden.

Wirtschaftspolitische Verantwortungsethik drückt sich auch in der Konstanz der Wirtschafts- und Finanzpolitik aus. Staatliches Handeln muß für den Bürger berechenbar sein. Entscheidungen über Investitionen, Konsum und Sparen bedürfen der Kalkulierbarkeit. Sprunghaftes und unberechenbares Handeln des Staates verunsichert und führt zur allgemeinen Zurückhaltung bei allen wirtschaftlichen Aktivitäten. Damit wird der Konjunktur, dem Wachstum und letztlich auch der Sozialpolitik schwer geschadet.

Für eine werteorientierte Sozialpolitik

Ohne ethisch-moralische Grundüberzeugungen degeneriert die Politik zum bloßen Machertum, zu einer Sozialtechnologie, die sich ausschließlich an Ideologien und Visionen anlehnt und dabei die Bedeutung der ethisch-moralischen Züge politischen Gestaltens vergißt. Eine solchermaßen ausschließlich gesinnungsethisch ausgerichtete Politik kann die heutigen Probleme nicht lösen. Die Christlich-Soziale Union bekennt sich deshalb zu einer an Verantwortungsethik ausgerichteten Politik, die bei ihren Entscheidungen alle vorhersehbaren Folgen abwägt und sich an sittlichen Werten orientiert. Der Ausgangspunkt ist der Mensch, seine Freiheit, seine unantastbare Würde und seine personale Verantwortung vor Gott. Daraus und aus der Einzigartigkeit des einzelnen Menschen ergeben sich Motive und Grenzen unseres politischen Tuns.

Grundwerte unseres Handelns

Zur Wahrung der inneren und äußeren Stabilität unseres Landes muß die Politik auf dem festen Fundament eines Grundkonsenses über die Werte menschlichen Seins und die Ziele politischen Handelns aufbauen können. Die Unionsparteien bekennen sich zu den drei Grundwerten christlicher Tradition und liberaler Staatsauffassung, zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Freiheit beinhaltet immer auch Verantwortung - gegenüber Gott, der Schöpfung, den Mitmenschen und sich selbst. Nur in der Wahrnehmung unserer Eigen- und Gemeinwohlverantwortung und der Nutzung unserer

Selbsthilfekräfte können wir uns unsere Freiheit erhalten. Wer sich immer nur auf Dritte oder den Staat verläßt, verliert die Chancen für eigene Gestaltung und Entfaltung. Deshalb tritt die CSU auch nachdrücklich für den Grundsatz der Subsidiarität ein: Was die kleinere, bürgernähere Einheit selbst bewerkstelligen kann, soll und darf die größere nicht an sich ziehen.

Maxime und Verpflichtung allen politischen Handelns muß auch die *Gerechtigkeit* sein, selbst wenn wir uns vor Augen halten, daß allumfassende Gerechtigkeit wohl nie verwirklicht werden kann. Um so wichtiger ist es daher, sich stets dieser Verpflichtung bewußt zu sein. Das Wissen um die eigene, menschliche Unvollkommenheit ist christlicher Politik immanent. Es entbindet die Handelnden aber nicht von der Pflicht, ihre Entscheidungen verantwortungsethisch zu treffen. Als eines der wichtigsten Ziele unter diesem Gesichtspunkt sehe ich die noch bessere Verwirklichung der Chancen von Frauen in Arbeitswelt, Gesellschaft und Politik. Bessere Chancengerechtigkeit muß heute mehr in der täglichen Praxis als in immer perfekteren Reglementierungen verwirklicht werden.

Am besten findet Eigen- und Mitverantwortung ihren Ausdruck in gelebter und rechtverstandener *Solidarität*. Aufgabe einer Solidargemeinschaft kann es nicht sein, alle an sie gerichteten Forderungen - auch unnötige und überzogene - zu erfüllen. Auch hier gilt: Wo sich der einzelne selbst helfen kann, muß er dieser Verantwortung gerecht werden. Nur wo er selbst überfordert ist, muß die Solidargemeinschaft eingreifen, dann allerdings ohne Wenn und Aber. Nach diesen Grundsätzen wurde auch die Strukturreform im Gesundheitswesen ausgestaltet. Alle wichtigen und elementaren Risiken sind und bleiben in vollem Umfang abgesichert, niemand muß im Krankheitsfalle Angst vor großen finanziellen Problemen haben. Wer in unverantwortlicher Weise die jetzt mit dem Gesundheitsstrukturgesetz vorgenommene zeitgemäße Ausgestaltung der Solidarität in diesem Zweig unseres sozialen Sicherungssystems als Sozialabbau diffamiert und damit die Bürger verunsichert, hat nicht begriffen, daß totale Solidarität in den totalen Versorgungsstaat und damit zur Entründigung des Individuums führt.

Die Christlich-Soziale Union befindet sich mit ihrer Politik, die auf den Grundwerten der christlichen Sozialethik aufbaut, auf dem richtigen Weg. Der Sozialismus will den vergesellschafteten Menschen, er proklamiert seine Abhängigkeit vom Kollektiv und den Gegensatz von Klassen. Der Liberalismus sieht den Menschen bewußt einseitig als autonomes Wesen, ohne sozialen Bezug auf die Gemeinschaft. Weder Sozialismus noch Liberalismus, ganz zu schweigen von dem realitätsfernen Utopismus im grünen Kleid, konnten und können das Spannungsverhältnis von Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität überzeugend lösen. Vertrauen und Hoffnung - für die Menschen unverzichtbare Halte - sind nur in einer an christlichen Grundwerten ausgerichteten Politik zu finden, nicht im Sozialismus oder Liberalismus. An wichtigen politischen Themenfeldern kann unsere grundwerteorientierte Politik anschaulich dargestellt werden.

Aufschwung in den jungen Bundesländern

Zu Beginn der 2. Legislaturperiode, am 12. September 1953, analysierte Wirtschaftsminister Ludwig Erhard die wirtschaftlichen Probleme der Wiedervereinigung. Erhard machte darin auf die schwierigen wirtschaftlichen Probleme aufmerksam. Er erkannte bereits damals, daß die willkürliche Preissetzung in der damaligen SBZ die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaft verschleierte. Die zu Beginn der Wiedervereinigung notwendige Währungsunion würde die mangelhafte internationale Wettbewerbsfähigkeit offenbaren und die versteckte Arbeitslosigkeit bloßlegen. Welch ein wirtschaftspolitischer Weitblick Ludwig Erhards!

Trotz der erwarteten Schwierigkeiten wendet sich Erhard mit aller Entschiedenheit gegen jede Form von Planwirtschaft und ermutigt alle, die Herausforderungen anzunehmen und zu bestehen. Seine Analyse endet mit großem Optimismus, der uns heute direkt ansprechen muß, wenn er sagt: „In politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung wird die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte freimachen, von deren Stärke und Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nichts träumen läßt.“

Ludwig Erhard hatte recht: Die Wiedervereinigung Deutschlands bringt lösbare Herausforderungen und große Hoffnungen zugleich. Die Spuren vierzigjähriger sozialistischer Mißwirtschaft lassen sich nicht einfach verwischen oder beseitigen. Die Öffnung der voneinander abgeschotteten deutschen Märkte nach dem Fall der Mauer und der Übergang von der Kommandowirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft machte die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in den neuen Bundesländern offenkundig. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands stellt die gesamte Politik vor eine ganz besondere Herausforderung. Die Geschichte gab bisher dafür kein Beispiel, wie ein durch vierzig Jahre Planwirtschaft in seinen wirtschaftlichen Grundstrukturen zerstörtes und in seinen Wirtschaftsbeziehungen völlig einseitig ausgerichtetes Land erfolgreich in eine arbeitsteilige, hochmoderne und internationale wettbewerbsfähige Volkswirtschaft integriert werden kann.

Um der zunehmend kritischen Situation der Menschen in Ostdeutschland schnell entgegenzuwirken, entwickelte die unionsgeführte Bundesregierung Ende 1990 die Strategie des Aufschwunges Ost. Bisher sind brutto insgesamt 643 Milliarden DM in die neuen Bundesländer geflossen. Dieser Betrag wurde zu über 80 Prozent vom Bund bereitgestellt. Die jährlichen Ost-West-Transfers erreichten seit 1992 ein Volumen von 5 Prozent des westdeutschen Inlandsprodukts. Verglichen hiermit blieb die Marshallplanhilfe der Nachkriegszeit mit 2 Prozent des Bruttosozialprodukts deutlich hinter den heutigen Leistungen zurück.

Die zur Verfügung gestellten Mittel betreffen vor allem umfangreiche Investitionshilfen, den Auf- und Ausbau der Infrastruktur, die Verbesserung der Absatzbedingungen für ostdeutsche Unternehmen, Privatisierung durch die

Treuhandanstalt sowie die soziale Abfederung des unvermeidlichen Strukturbruchs. Die Soziale Marktwirtschaft ist auf dem besten Wege, nach der Verwirklichung der Wiedervereinigung in Deutschland ihre zweite Feuerprobe zu bestehen: Die neuen Bundesländer befinden sich im Umbruch zu einem der modernsten Standorte Europas.

Für Wachstum und Beschäftigung, aber gegen Beschäftigungsprogramme

Mit der von der unionsgeführten Bundesregierung beschlossenen Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen wir ein Bündel schnell wirksamer Maßnahmen. Sie werden die klar erkennbare Aufwärtstendenz unserer Wirtschaft festigen und verstetigen sowie bestehende Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen.

Um dem kommenden Wirtschaftsaufschwung ein sicheres Fundament zu geben, ist es jetzt wichtig, kreative Kräfte freizusetzen, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen und bürokratische Hemmnisse abzubauen. Unsere 30-Punkte-Initiative leistet dies. Wir fördern mit gezielten Hilfen die Neugründung innovativer mittelständischer Unternehmen. Wir erleichtern die Rückkehr Arbeitsloser in reguläre Beschäftigungsverhältnisse, unter anderem durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Teilzeitarbeit und durch die Zulassung privater Arbeitsvermittler. Wir setzen konsequent auf Privatisierung öffentlicher Aufgaben und wollen die Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter vereinfachen.

Die beschäftigungspolitische Wirkung unserer Initiative wird bereits jetzt deutlich. Die Arbeitslosigkeit ist zum ersten Mal seit Herbst 1991 saisonbereinigt nicht mehr gestiegen. Für die Beschäftigung ist 1994 dennoch ein sehr schwieriges Jahr. Erforderlich ist deshalb, durch eine entschlossene Fortführung der Standortpolitik die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes zu verbessern, damit Arbeitslose wieder schneller Beschäftigung finden können. Die Bundesregierung bereitet außerdem eine grundlegende Organisationsreform der Bundesanstalt für Arbeit vor mit dem Ziel, mehr als bisher dezentrale Entscheidungen zu ermöglichen und ihre Effizienz weiter zu erhöhen.

Unsere Beschäftigungspolitik sieht die Prinzipien von Subsidiarität, Solidarität und Selbstverantwortung unverändert im System der Sozialen Marktwirtschaft am besten verwirklicht. Die Soziale Marktwirtschaft vereint größte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit einem Höchstmaß an individuellen Selbstverwirklichungschancen bei gleichzeitiger sozialer Absicherung. Sie garantiert dem einzelnen von allen Wirtschaftsordnungen am besten wirtschaftliche und berufliche Freiheit. Der von der SPD in ihrem Mißtrauen gegen die Marktwirtschaft erhobenen Forderung nach stärkerer „Demokratisierung der Wirtschaft“ stellte Hanns-Martin Schleyer Anfang der siebziger Jahre den Satz entgegen: „Die Marktwirtschaft braucht nicht demokratisiert zu werden, sie erfüllt vielmehr ihrem Wesen nach die demokratischen Grund-

forderungen weit besser als jedes andere bekannte und denkbare Wirtschaftssystem und zwar deswegen, weil der Souverän der Marktwirtschaft in Wirklichkeit nicht die Unternehmerclique, sondern der Konsument ist, also die Gesamtheit der Wirtschaftsbürger - ebenso wie die Wahlbürger der Souverän des demokratischen Staates sind."

Abgelehnt werden von uns auch staatliche Beschäftigungsprogramme, wie sie von der SPD immer noch gefordert werden. Sie widersprechen dem Grundsatz der Subsidiarität und führen entsprechend dem sozialistischen Prinzip der Betreuung und Bevormundung zu einem Mehr an Staat und Bürokratie. Sie sind außerdem - wie die leidvollen Erfahrungen der siebziger Jahre gezeigt haben — wirkungslos, ja langfristig für die Beschäftigung sogar schädlich. Die zwangsläufige Erhöhung der Staatsverschuldung belastet die Kapitalmärkte, trägt zu hohen Zinsen bei und schwächt die Investitionsbereitschaft der Unternehmer, was letztlich ein Sinken des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung zur Folge hat. Damit kehrt sich der beabsichtigte Effekt der Ausgabenprogramme ins Gegenteil; die Milliardenprogramme der SPD/FDP-Bundesregierung konnten jedenfalls den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zwischen 1974 und 1982 nicht mindern, geschweige denn verhindern. 3 Mio. neugeschaffener Arbeitsplätze seit 1982 stehen demgegenüber für den Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung und der beschäftigungspolitischen Grundsätze der CSU. Die Beschäftigungspolitik der CSU bleibt eingebettet in ein umfassendes wirtschafts-, Struktur- und finanzpolitisches Konzept mit dem Ziel der permanenten Verbesserung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Rahmenbedingungen.

Partei der Familie

Der wichtigste Garant und zugleich Motor für eine an Grundwerten ausgerichtete Gesellschaft ist die Familie als kleinste Keimzelle eines Gemeinwesens. Sie ist der Ort, wo Solidarität, Freiheit im Sinne von Eigen- und Gemeinwohlverantwortung und Gerechtigkeit geübt und erfahren werden können. Diese hervorragende Bedeutung der Familie findet ihre verfassungsrechtliche Ausprägung in Art. 6 des Grundgesetzes, der sie dem „besonderen Schutz der staatlichen Ordnung" anvertraut. Nach christlich-sozialem Grundverständnis ist dies Verpflichtung und Auftrag zugleich, Störungen und Beeinträchtigungen von außen abzuwehren und den Stellenwert der Familie in der Gesellschaft zu stärken.

Diese Aspekte bilden seit jeher unser Koordinatensystem in der Familienpolitik. Die SPD hat gerade in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung die Familie nicht nur materiell vernachlässigt, sondern auch den positiven Werten der Familie nur wenig Beachtung geschenkt. Sie hat vielmehr die traditionellen Beziehungen innerhalb der Familie problematisiert, die Autorität der Eltern in Frage gestellt und unter dem Schlagwort „Familie als Erziehungsagentur des Staates" die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten zu erweitern gesucht. Unter sozialdemokratischer Verantwortung wurden Familien und

Mütter benachteiligt und drohten, zunehmend ins gesellschaftliche und soziale Abseits zu geraten.

Die von uns geführte Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren eine grundlegende Neuorientierung in der Familienpolitik erreicht. Die Christlich-Soziale Union hat die Politik für Familien wieder in den Mittelpunkt gerückt und die Voraussetzungen für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft geschaffen. Unser Ziel ist es, daß Eltern ihre Kinder ohne wesentliche berufliche und finanzielle Nachteile großziehen können. Ein Vergleich der eingesetzten Haushaltsmittel macht deutlich, welche erheblichen Fortschritte erzielt wurden: Seit 1982, dem Jahr der Ablösung der SPD aus der Regierungsverantwortung, haben wir die Leistungen für die Familien auf jetzt 60,7 Mrd. DM mehr als verdoppelt. Wir haben das Kindergeld erhöht, Erziehungsgeld, Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der Rente und andere familienfördernde Maßnahmen neu eingeführt.

Mit unserer christlich-sozialen Familienpolitik tragen wir dazu bei, daß Menschen sich leichter für die Familie und das Leben mit Kindern entscheiden können, daß Familien gesellschaftlich anerkannt und wirtschaftlich gefördert werden und daß Kinder sich persönlich und sozial gut entwickeln können. Familienpolitik ist mehr als das, was der Staat mit Geld, Gesetzen und Behördentätigkeit für die Familien leisten kann. Auch unter günstigen Voraussetzungen wird es nie möglich sein, Müttern und Vätern das zu ersetzen, was sie an Verantwortung und Verzicht, an Pflichten und Lasten für ihre Kinder und damit auch für unsere Gesellschaft insgesamt auf sich nehmen.

Soziale Sicherung hat in Deutschland Tradition

Die Sozialversicherung hat in Deutschland eine lange beispielhafte Tradition. Es war im Jahre 1883, als der Reichstag durch Gesetz die Krankenversicherung für Arbeiter einführte und 1889, also vor mehr als 100 Jahren, wurde unter Bismarck die Altersversicherung beschlossen. Die staatliche Sozialpolitik nahm ihren Anfang.

Staatliche Sozialpolitik - das heißt nichts anderes als eine Politik zum sozialen Wohle der Staatsbürger. Vor diesem Hintergrund ist auch die gesetzliche Rentenversicherung zu sehen: Staatliche Sozialpolitik sorgt dafür, daß die Renten gesichert sind, daß sie aber auch finanzierbar bleiben. Für die Zukunft zeichnen sich viele Änderungen und Entwicklungen ab, die sich auf die Rentenversicherung auswirken: So steigt die Lebenserwartung ständig, werden Ausbildungszeiten immer länger, gehen viele Berufstätige früher in Rente, werden immer weniger Kinder geboren. Zwar sind nicht alle diese Entwicklungen bis ins letzte vorhersehbar, auch nicht exakt berechenbar, aber sie sind erkennbar und erfordern eine rechtzeitige Weichenstellung in der Rentenversicherung.

Das hohe Rentenniveau soll gesichert werden. Für viele Rentempfänger ist die Rente oftmals einzige Einkommensquelle. Daher muß die Funktion der

Lebensstandardsicherung trotz der oben genannten Herausforderungen erhalten bleiben. Schon bisher wurde das bewährte System der umlagefinanzierten Alterssicherung weiterentwickelt, z. B. durch den Einbau neuer familienbezogener Leistungen, die helfen sollen, die Solidarität unter den Generationen zu stärken. Mit der Rentenüberleitung auf die neuen Bundesländer haben wir einen weiteren großen Schritt auf dem Weg zum einigen Sozialstaat getan. Für diese deutsche Renteneinheit stehen Daten von historischer Symbolkraft. Die Rentenreform 1992, damals für die bisherige Bundesrepublik angelegt, wurde am 9. November 1989 von den großen politischen Kräften im Deutschen Bundestag beschlossen. Am selben Tag öffnete sich die Mauer in Berlin. Diese Rentenreform gilt seit 1. Januar 1992 einheitlich in ganz Deutschland. Wer hätte dies an jenem 9. November 1989 erwartet?

Für die Rentnerinnen und Rentner, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gilt: Auf unsere Rentenversicherung kann man sich auch in Zukunft verlassen.

Für beitrags- und leistungsbezogene Renten

Christlich-soziale Politik heißt auch, den älteren Bürgern eine möglichst selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung zu ermöglichen. Nur aus der Partnerschaft zwischen den Generationen kann unserer Meinung nach die Gesellschaft die Kraft schöpfen, die sie für die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben braucht. Zu dieser Partnerschaft der Generationen gehört, daß den älteren Menschen in verstärktem Maße eine aktive Rolle bei allen sie berührenden Fragen eingeräumt wird. Ihr Reichtum an Lebenserfahrung und Wissen ist zu kostbar, als daß er mit Erreichen eines bestimmten Lebensalters ungenützt bleiben dürfte. Der heute 65jährige ist aufgrund geringerer physischer Belastungen in seinem Arbeitsleben und der größeren körperlichen und geistigen Vitalität kaum mehr vergleichbar mit dem Rentner vor ein oder zwei Generationen. Christlich-soziale Politik versteht sich daher nicht nur als Politik für, sondern vor allem als Politik mit den älteren Bürgern.

Der von der SPD nach wie vor favorisierten Einführung einer Grundrente können wir nicht zustimmen. Sie würde die bisherige Trennung von beitragsfinanzierter, leistungsbezogener Rente und steuerfinanzierter Sozialhilfe als allgemeiner Grundsicherung beseitigen und die Grenzen innerhalb unseres bewährten dreistufigen Sozialsystems - Versicherung, Versorgung und Sozialhilfe - verwischen. Gerade die bestehende Trennung stellt den besten Schutz dafür dar, daß die Beiträge der Versicherten für die Sozialversicherung letztlich nicht doch für allgemeine staatliche Leistungen verwendet werden, sondern die Lebensleistung jedes einzelnen honorieren.

Eigene Verantwortung und Solidarität im Gesundheitswesen stärken

Ein freiheitliches Gesundheitswesen im Zusammenwirken mit einer starken Selbstverwaltung ist und bleibt gesundheitspolitische Grundposition

der CSU. Unser Grundanliegen ist, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung jedes einzelnen und seine Gemeinwohlverantwortung im Gleichgewicht zu halten.

Solidarität erschöpft sich nicht in der Zahlung gleich hoher Beiträge durch Junge und Alte bei unterschiedlich starker Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen. Solidarität heißt für den einzelnen, Eigeninitiative und Selbstverantwortung zu entwickeln, wenn es um die Erhaltung und Wiedererlangung persönlicher Gesundheit geht, und für die Versichertengemeinschaft insgesamt Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung verursachen steigende Beiträge ohne medizinischen Nutzen. Steigende Beiträge mindern die Einkommen der Versicherten, verteuern den Produktionsfaktor Arbeit und beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit. Die Gesundheitsreform Horst Seehofers hat in kurzer Zeit aus einem Defizit von 10 Mrd. DM einen Überschuß in gleicher Höhe gemacht.

Für eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik

Die Sorge für unsere Umwelt ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Dabei müssen gerade in schwierigen Zeiten Ökonomie und Ökologie zu einer in sich schlüssigen Politik zusammengeführt werden, um hohen Lebensstandard und gesunde Umwelt langfristig vereinbar zu machen.

Die Umweltpolitik ist auf ihre Prioritäten, ihre Instrumente, die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel und deren Effizienz zu überprüfen. Eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum, Ressourcenverbrauch und Umweltbeeinträchtigung ist nötig und möglich. Aber: Es ist eine Binsenweisheit, daß eine Gesellschaft nur das an Umweltschutz leisten kann, wozu sie wirtschaftlich und finanziell in der Lage ist.

Ziel des politischen und unternehmerischen Handelns muß es aus der Sicht einer verantwortungsbewußten Umweltpolitik sein, vom nachgeschalteten ökologischen Reparaturbetrieb zu einer vorausschauenden Wirtschaftsstrategie zu kommen, die die Umweltverträglichkeit zur Grundforderung ihres Handelns macht. Um in der Umweltpolitik weiter voranzukommen, setzt die CSU auf die konsequente Durchsetzung des Verursacherprinzips und auf marktwirtschaftliche Instrumente, damit sich umweltgerechtes Verhalten auch wirtschaftlich lohnt.

Für eine aktive Standortpolitik

Wir können die Beschäftigungsprobleme nicht mit defensiven Maßnahmen lösen, sondern nur mit einer gemeinsamen Beschäftigungsoffensive, die mehrere Elemente umfassen muß:

- die Konsolidierung der off entlichen Haushalte,
- die Fortsetzung der wachstumsfördernden Steuerpolitik,
- eine aktive Standortpolitik,
- eine zurückhaltende Einkommenspolitik.

Der Standortbericht der Bundesregierung bietet hier die Chance für einen vorurteilsfreien Dialog. Deutschland weist unverkennbare Standortschwächen auf: weltweit die höchsten Lohnkosten und die geringsten Wochen- und Jahresarbeitszeiten, eine im internationalen Vergleich zu hohe Belastung der Unternehmenserträge und zeitraubende Planungs- und Genehmigungsverfahren. Auf wirtschaftlichen Lorbeeren vergangener Jahre können wir uns nicht ausruhen. Wirtschaftliche Erfolge müssen immer wieder neu erkämpft werden. Wir brauchen deshalb eine aktive Standortpolitik mit dem Ziel einer nachhaltigen und dauerhaften Verbesserung der Investitionsbedingungen in Deutschland. Mit postmaterialistischen Wertvorstellungen und mit ökosozialen Träumereien können wir die Beschäftigungslücke nicht schließen.

Es bleibt das große staatsmännische Verdienst von Ludwig Erhard, Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß, die Soziale Marktwirtschaft gegen den erbitterten Widerstand ihrer Gegner, vor allem der SPD, die eine Planwirtschaft forderte, durchgesetzt zu haben. Bei den Bundestagswahlen 1949 ging es vornehmlich um die Bestätigung des 1948 durch das sog. Frankfurter Wirtschaftsparlament beschlossenen wirtschaftspolitischen Kurses. Der Wahlsieg der bürgerlichen Parteien machte den Weg endgültig frei für die Soziale Marktwirtschaft. Vor einer zweiten historischen Weggabelung stehen wir auch wieder am 16. Oktober 1994: Es geht um die Sicherung des erarbeiteten Wohlstandes durch eine stetige Anpassung der Sozialen Marktwirtschaft an geänderte Rahmenbedingungen oder um das Abdriften in eine interventionistische, rückwärtsgerichtete und damit letztlich arbeitsplatzvernichtende Politik eines vereinigten Linksbündnisses.